



Ulrich Horstmann

WOMIT WIR MORGEN ZAHLEN WERDEN

Warum die Währungsreform
schneller kommt, als Sie denken

FBV

Ulrich Horstmann

WOMIT WIR MORGEN ZAHLEN WERDEN

Warum die Währungsreform
schneller kommt, als Sie denken

FBV

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie. Detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://d-nb.de> abrufbar.

Für Fragen und Anregungen:

horstmann@finanzbuchverlag.de

2. Auflage 2013

© 2012 by FinanzBuch Verlag, ein Imprint der Münchner Verlagsgruppe GmbH,

Nymphenburger Straße 86

D-80636 München

Tel.: 089 651285-0

Fax: 089 652096

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung und Verbreitung sowie der Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme gespeichert, verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Redaktion: Marion Reuter

Korrektur: Barbara Decker

Covergestaltung: Judith Wittmann unter Verwendung von istock-Bildern

Satz und Epub: Grafikstudio Foerster, Belgern

ISBN Epub 978-3-86248-285-6

Weitere Informationen zum Verlag finden Sie unter

www.finanzbuchverlag.de

Beachten Sie auch unsere weiteren Verlage unter

www.muenchner-verlagsgruppe.de

INHALT

Vorwort

1. Instabilität durch den Staat und von Politikern fehlgel leitete Finanzinstitutionen

1.1 Prinzip Merkel

1.2 Verfall der Ordnungspolitik und Herausforderungen für
die Demokratie

1.3 Über Steuerbürokraten, steigende Schulden und die zu
hohe Abgabenlast

1.4 Maß halten! Über Moral und Ethik in der
Postdemokratie

2. Warum die Währungsreform noch schneller kommt

2.1 Dramatische Krisenzuspitzung seit Herbst 2011

2.2 Zunehmende öffentliche Diskussion über das Ende des
Euro - zurück zur D-Mark?

2.3 Tabubruch: Die EZB verliert ihre autonomen
Handlungsspielräume

2.4 Destabilisierende Ausweitung der Rettungsschirme und
das Target2-Drama

2.5 Organisierte Unverantwortlichkeit und
Vergesellschaftung des Politikversagens

2.6 Desinformation der Bürger

2.7 Entdemokratisierung der parlamentarischen
Demokratie in der EU und die Notwendigkeit von
Stimmrechtsreformen

2.8 Vereinigte Staaten auf europäische Art

2.9 Ökonomische Aspekte der Euro-Krise - Marktwirtschaft
ade?!

2.10 Euro-Rettung und Europa-Spaltung

2.11 Aktualisiertes Krisenszenario nach dem Griechenland-
Bankrott

3. Währungsreformszenarien und wie Sie Ihr Vermögen sichern können

3.1 Währungsreformszenarien

Beispiel Argentinien

Beispiel Deutschland

3.2 Strategien zur Erhöhung Ihrer eigenen finanziellen Stabilität

3.3 Vorschläge für Ihre Geldanlagen - auf die richtige Mischung kommt es an!

Edelmetallanlagen

Anleihen

Aktien

Immobilieninvestments

Auslandsinvestments

3.4 Ausblick: Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik statt Politbürokraten- und Geldmanagerherrschaft

Ausgewählte Literatur und Quellenangaben

Glossar

Tabellenendnoten

*Den Bürgern gewidmet,
die ihr Geld durch fehlgelenkte Finanzinstitute
und die Währungsreform verlieren.*

VORWORT

Dieses Buch ist der dramatischen Zuspitzung der Ereignisse seit der Veröffentlichung meines Buches *Die Währungsreform kommt!* im Juli 2011 geschuldet. Das bis zum Mai 2011 gefertigte Skript mit dem damaligen Krisenszenario muss an die spätestens seit dem letzten Herbst dramatische Entwicklung angepasst werden. Der seinerzeit provokant wirkende Titel *Die Währungsreform kommt!* sollte aufrütteln. Zu dem Zeitpunkt, als der Verlag den Titel vorschlug, war eine mögliche Währungsreform für viele eher negative Stimmungsmache. Dabei ist das Szenario einer Währungsreform inzwischen weit realistischer und wird von vielen Seiten diskutiert. Im jetzt vorgelegten Buch *Womit wir morgen zahlen werden* zeige ich auf, warum der finanzielle Zusammenbruch der Einzelstaaten – und dann womöglich einzelner Sparer – noch schneller kommen kann.

Aber jede Krise bietet auch Chancen. Je schneller – und das ist die optimistische Reformvision – die Geldpolitik und die Regulierung der Finanzmärkte wieder stabilitäts- und marktwirtschaftskonform erfolgt, desto besser. Das »Weiterwurschteln« ist der Worst Case. Der falsch konzipierte Euro wird zunehmend zu einem Spaltpilz für Europa. Die angemessenen Lehren aus der Finanzkrise von 2008 wurden immer noch nicht gezogen. Dazu gehören unter anderem eine größere Unterlegung der Banken mit Eigenkapital, eine Wiederbelebung des Haftungsprinzips und eine wirklich unabhängige Notenbank, die die destabilisierende staatliche Schuldenfinanzierung nicht durch administrierte dauerhafte Niedrigzinsen (wie derzeit) fördert.

Ob die Kanzlerin nochmals mit der Garantie »...Wir sagen den Sparerinnen und Sparern, dass ihre Einlagen sicher sind. Auch dafür steht die Bundesregierung ein«, die sie im Jahr 2008 aussprach, die Bürger glaubwürdig beruhigen kann, ist fraglich. Die Schuldigen wurden nicht oder allenfalls in Einzelfällen zur Rechenschaft gezogen. Die Investmentbanker profitieren von der zunehmenden Markttheorie und den -schwankungen, die kurzfristig erhebliche Gewinne erlauben, vor allem insoweit sie zu den führenden Playern zählen. Die Politiker spielen sich als Retter der Finanzwelt auf. Mit dem Geld der Steuerzahler müssen zockende Banken und Staaten gestützt werden, deren Vertreter das Vertrauen der Bürger verspielen und die Demokratie beschädigen. Es ist geradezu kafkaesk, wie nationale Abstimmungen über Rettungsprogramme (wie in der Slowakei) zwar scheinbar demokratisch durchgeführt, aber letztlich so lange »wiederholt« werden, bis sie dem Brüsseler Mainstream entsprechen. Es entwickelt sich womöglich schleichend eine Akklamationspolitik in der EU, die fatal an die Rituale der untergegangenen UdSSR und ihrer Satellitenstaaten erinnert. Noch vor dem Aufspannen der großen Rettungsschirme im Mai 2010 hätte ich diesen Vergleich als abwegig eingestuft. Bis dato schienen die Leitbilder Demokratie und Freiheit für ein Europa mit offenen Märkten bei den Entscheidungsträgern im Vordergrund zu stehen. Die inzwischen vermeintlich geschaffene Sozial- und Transferunion etabliert einen EU-Wohlfahrtsstaat für leistungsfeindliche Empfänger, die die Scheckzahlungen durch manipulierte Angaben optimal vorbereiten. Hätten Sie, falls Sie vor der Wahl gestanden hätten, für ein solches Umverteilungssystem innerhalb Europas gestimmt? Eine Umverteilung, die über die viel diskutierten Euro-Rettungshilfen und die EZB (unter anderem durch die Liquiditätshilfen der Bundesbank im Rahmen von Target2) stattfindet – mit einer EZB, die eben nicht wie die unabhängige Deutsche Bundesbank

konstruiert ist, sondern den Wünschen der mehrheitlich hoch verschuldeten und schlecht wirtschaftenden Regierungen in der EU folgt. Willkommen im neuen Europa!

Wie in meinem Buch *Die Währungsreform kommt!* steht auch hier nicht die ökonomische Analyse der Euro-Krise im Vordergrund. Mir geht es um das Aufzeigen des überwiegend politischen Versagens anhand von destabilisierenden und desinformierenden Äußerungen der vermeintlichen Euro-Retter. Das Aushebeln des ohnehin mit Schwächen behafteten EU-Regelwerks, die Ausweitung von Rettungsmaßnahmen mit dem Außerkraftsetzen marktwirtschaftlicher Stabilisatoren zeigt das aktuelle Primat der Politik nur zu deutlich. Ursprünglich in den EU/Euro-Verträgen geplante Automatismen wurden wegdiskutiert und dann außer Kraft gesetzt. Warum soll es jetzt anders sein? Der inzwischen immer weiter aufgeweichte neue Fiskalpakt ist vor dem Hintergrund des laufend gebrochenen Maastrichter Vertrages aus dem Jahr 1992 nicht mehr glaubwürdig.

Dieses Buch wurde mit freundlicher fachlicher Unterstützung meines Kollegen Rainer Gross sowie meiner früheren Kollegen Ralph Lutz, Philipp Wiedemann und Alexander Rummler erstellt. Aus all den sich zum Teil überschlagenden Ereignissen und Fakten sowie den sich anschließenden Diskussionen ein Manuskript zu erstellen, erwies sich erneut als schwierig. Umso mehr bin ich der Lektorin Claudia Strauf für die (wie bei meinem Buch *Die Währungsreform kommt!*) kritische Betreuung des Manuskripts in diesen Phasen dankbar. Auch meinem Vetter Jürgen Weritz möchte ich besonders danken für wertvolle Hinweise im Zusammenhang mit der historischen Aufarbeitung der Finanzialisierung. Ebenso danke ich meinem früheren Kollegen Dr. Thomas Rehermann, der inzwischen in den USA lebt. Er sah die Finanzkrise weit früher als andere voraus. Auch mein Bruder Dr. Michael

Horstmann, obwohl beruflich in einem ganz anderen Bereich tätig, erwies sich immer wieder als kreativer »Ratgeber gegen den Strom«, aber auch als kritischer Kommentator der aktuellen Politik und des derzeitig häufig anzutreffenden Kampagnenjournalismus. Meinem Vater danke ich für wertvolle steuerrechtliche Hinweise.

Besonderen Dank schulde ich Marie-Louise Rubner, die das Projekt jederzeit unterstützte. In vielen gemeinsamen Diskussionen motivierte sie mich, wie schon beim letzten Buch *Die Währungsreform kommt!*, leserfreundlich zu schreiben und Informationen zu liefern, die nützlich sind, anstatt thematische Nebenaspekte zu sehr auszubreiten.

Dem Verlag schulde ich Dank für das Vertrauen, erneut ein Buch von mir zu publizieren, für das professionelle Lektorat und die kreative Unterstützung, zuletzt insbesondere im Rahmen anregender Diskussionen mit Fatima Cinar, Andreas Freiherr von Richthofen, Matthias Setzler und Georg-Hodolitsch. Ihnen und Christian Jund ist zu verdanken, dass trotz der zu erwartenden kritischen Aufnahme der Begriff »Währungsreform« in beiden Buchtiteln aufgenommen wurde.

1. INSTABILITÄT DURCH DEN STAAT UND VON POLITIKERN FEHLGELEITETE FINANZINSTITUTIONEN

1.1 Prinzip Merkel

»Der einzige Weg, um das Verhalten der Politiker zu ändern, ist, ihnen das Geld wegzunehmen.«

Milton Friedman, US-Ökonom (1912–2006)

»Macht ist das Wesen der Politik, und keine beherrscht es so perfekt wie Angela Merkel. Stoisch schultert die Kanzlerin sämtliche Krisen. Auf politischen Druck reagiert sie unbewegt wie ein Standbild. Programmatisch fliegt sie unter Radar: Bloß keine Festlegung, wenn es nicht unbedingt sein muss. Erst mal abwarten, wie sich die Dinge entwickeln. Das verschafft ihr größtmögliche Flexibilität und bringt ihre Kontrahenten zur Verzweiflung. Wie soll die Opposition diese Kanzlerin wirkungsvoll bekämpfen? Im Ausland gilt Merkel längst als mächtigste Frau der Welt, und nach allem, was wir sehen, genießt sie jede Sekunde im Amt. Ob auf dem Weltwirtschaftsforum in Davos oder auf EU-Gipfeln in Brüssel: Alles dreht sich um sie. Wie macht sie das bloß?«¹

Es bleibt einiges unklar. Geht es Angela Merkel wirklich nur um die Sicherung ihrer persönlichen Macht? Oder denkt sie

doch programmatischer. Führt Kanzlerin Merkel Deutschland nach der Auflösung der Deutschland AG unter Gerhard Schröder in eine nicht mehr von dem Leitbild einer sozialen Marktwirtschaft getragene Gesellschaft? Ist das neue Leitbild ein von ihr geführter VEB Deutschland oder sogar ein zwangskollektivierter VEB Europa (Festung Europa)? Welche aktuelle Bedeutung könnte das seltsame, heute in Vergessenheit geratene Akronym VEB noch haben?

In der DDR stand das Kürzel VEB für »Volkseigener Betrieb« und war der übliche Ausdruck für verstaatlichte Betriebe außerhalb der Landwirtschaft. »Volkseigener Betrieb« ist ein kommunistischer Propagandabegriff, mit dem desinformierend die Herrschaft des Volkes suggeriert wurde, de facto handelte es sich um funktionärgesteuerte Staatsunternehmen unter Leitung »politisch zuverlässiger« SED-Parteimitglieder. Die verstaatlichten Betriebe wurden der Zentralverwaltungswirtschaft unterworfen. In den 1970er-Jahren wurden unter der Führung von Erich Honecker dann auch noch die letzten existierenden Privatbetriebe zwangsverstaatlicht.

Mit dem Begriff »VEB Deutschland« wird hier kühn die Rückkehr staatlicher Lenkung in der Wirtschaft nach dem Vorbild der früheren DDR verbunden. »VEB Deutschland« bezeichnet nach eigener Definition ein Land, dessen Wirtschaft von staatlichen Großunternehmen und Banken geprägt ist. Unternehmen werden auch schon angesichts ihrer Staatsnähe so bezeichnet, zum Beispiel die EADS als »VEB Flugzeugbau«.² Mit der künftigen Rolle als »Kernaktionärin« ist Frau Merkel noch mehr dazu in der Lage, direkt mit dem ebenfalls investierten französischen Staat zu verhandeln.³ Die Lenker solcher Großkonzerne haben ein Naheverhältnis zu Politikern und werden häufig auch von ihnen als Leiter ausgewählt. Das Primat der Politik wäre so in vollem Umfang wiederhergestellt, auch die Deutungshoheit läge wieder bei Politikern. Untermauert

würde das Gesellschafts- und Staatsbild von Medien, die eingebettet sind, das heißt sich grundsätzlich staatsloyal verhalten. Die Pressefreiheit wird eingeschränkt oder gleich ganz abgeschafft. Parlamente werden durch politbüroähnliche Hinterzimmer-Zirkel ausgeschaltet. Die Gewaltenteilung zwischen Legislative, Judikative und Exekutive wird aufgeweicht durch eine Akklamationspolitik, die dem vermeintlichen aktuellen politischen Willen entspricht, in Wirklichkeit aber von der politischen Führung im Zentralkomitee bestimmt wird. Das wäre dann auch eine Annäherung an die staatsnahe Wirtschaftspolitik Frankreichs. Hinsichtlich der Medienkontrolle und der Machtausübung des Staates würde es eine Annäherung an die früheren Diktaturen DDR oder UdSSR bedeuten. Angesichts der vielfältigen Markteingriffe gewinnt man den Eindruck, dass die Kanzlerin, die in der DDR aufwuchs, von marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzipien wenig hält. Nach den Subventionsangeboten für Opel, nach der Abwrackprämie für Pkws und den steuernden Eingriffen im Zickzackkurs in der Energiewirtschaft sind jetzt die Banken Opfer neuer möglicher Fehllenkungen, die auf eine komplette Verstaatlichung der Finanzindustrie hinauslaufen könnten.⁴ Mit dem zunehmenden Interventionismus wird die Marktwirtschaft ausgehebelt.

Auf gesamtpolitischer Ebene war die Zeit der Bonner Republik (1949–1990) zu Ende, die neue Berliner Republik stellte die rheinisch und westlich geprägte Demokratie infrage, die es dennoch weiter zu verankern galt. Richard von Weizsäcker wies darauf hin, das neue Deutschland müsse etwas »*Evangelischeres, etwas Östlicheres, etwas Preußischeres*« sein.⁵ Vielfach wurde genau dies, meist in Westdeutschland, zunehmend beklagt, denn mit der Ostverschiebung war auch ein neuer Politikstil verbunden; die in der Frühphase nach dem Zweiten Weltkrieg in Bonn noch fast zelebrierte Bescheidenheit wurde aufgegeben. Die

Politiker verfügten immer ungehemmter über das Geld der Steuerzahler, das vermeintliche »politische Wollen« bekam einen immer höheren Stellenwert. Dies war bereits in der Spätphase der »Bonner Republik« zunehmend der Fall. Die schlecht gemanagte Wiedervereinigung, die das Beitrittsgebiet durch Sozialtransfers (»Ruhigstellen« der wirtschaftlich ausgeschalteten Ex-DDR-Bürger) dauerhaft schwächte, wurde nie infrage gestellt. Probleme werden in der Berliner Republik nicht mehr gelöst, sondern »ausgesessen«. Helmut Kohl hat es vorgemacht, und Frau Merkel, in Agitprop-Fragen gut bewandert, »verkauft« ihre perspektivlose EU-Transferpolitik bestmöglich (ihr umstrittener langjähriger CDU-Amtsvorgänger Kohl wurde von der Opposition in einer heute unbekanntenen Schärfe kritisiert). Die Deutungshoheit über alle politikrelevanten Fragen liegt bei den führenden Politikern, die gemeinsam mit den Medien eine neue kommerzielle und eventorientierte Selbstdarstellung (Bühnenshow für einen neuen Personenkult) betreiben, ohne fundiert zu informieren. Der »Basta«-Politiker Gerhard Schröder hat es vorgemacht, der mit Bild, BamS und Glotze »regierte«.⁶ Die Kanzlerin vermied es bei ihrem Interviewauftritt bei Günther Jauch im September 2011, die Belastungen für den deutschen Steuerzahler in fairer Form darzustellen:⁷

*... »Wir helfen nicht, weil ein Land zu viele Schulden hat. Wir helfen, damit unsere gemeinsame Währung stabil ist.«
Alles ganz einfach also? Nö. Merkel verheddert sich.
»Griechenland haftet für seine Schulden nach wie vor alleine«, sagt sie. Da ist Jauch zur Stelle: »Aber haften heißt doch, das können die selber irgendwann zurückzahlen?« Merkel: »Ja« Jauch: »Das können die aber nicht.«*

Dann: Stille. Merkels linke Hand zerschneidet die Studioluft, als würde sie immer noch lautstark ihre Politik verteidigen. Nur aus ihrem Mund kommt nichts. Nach einer gefühlten

Unendlichkeit bringt Merkel ein schwaches »Also, das mag Ihre Ansicht jetzt sein« heraus. Jauch hakt nach: »Ich bin ja nicht ganz alleine.« Schaffen die das oder schaffen die das nicht? Merkels »Äh« wird von lang anhaltendem Beifall übertönt. Immerhin verschafft ihr der Applaus die Zeit, sich eine gute Antwort zu überlegen. Und so erklärt sie, dass es für sie nur eine Instanz gebe, die diese Frage wirklich beurteilen könne. Und das sei die Troika aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Kommission und Europäischer Zentralbank, die gemeinsam über die Auszahlung neuer Kredittranchen an Griechenland entscheide. »Die müssen für uns sagen, schaffen die das oder schaffen die das nicht«, sagt Merkel.

Das klingt jetzt alles überhaupt nicht mehr kraftvoll und beruhigend, sondern so zögernd und zaudernd, wie sie sich zuletzt oft gezeigt hat.

80 Prozent von 1301 Befragungsteilnehmern bei der SZ-online-Umfrage »Hat Sie Angela Merkels Argumentation bei Jauch überzeugt?« waren der Auffassung: »Nein, Angela Merkel ist es nicht gelungen, ihren Kurs in der Euro-Frage ausreichend zu erklären«. ⁸ Es herrscht zunehmend Desinformation und Propaganda, um die aufgeschreckten Bürger zu beruhigen, anstatt dass ihnen die Wahrheit gesagt wird.

Bereiche	Bonner Republik (1949-1990)	Berliner Republik (1990 bis heute)
Äußeres	Bescheidenheit im außenpolitischen Auftritt (vor allem in der Frühphase), Westintegration	Ringen um mehr Verantwortung in der Weltpolitik (zum Beispiel der von Joschka Fischer angestrebte ständige Sitz Deutschlands in der UNO), das parteiübergreifend von einem breiten Konsens getragen wurde.
Inneres (Soziales,	Sicherstellung von bürgerlichen	Rücknahme privat verantworteter Spielräume, Zunahme sozialer